



SPD – Fraktion im Rat der Stadt Waldbröl

Bernd Kronenberg, Kucksberg 9, 51545 Waldbröl

Herrn
Bürgermeister
Peter Koester
Nümbrechter Str. 19
51545 Waldbröl

Waldbröl, den 19.12.2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die SPD-Fraktion stellt zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 12.02.2020 und des Rates am 19.02.2020 folgenden Antrag:

„Der Rat der Stadt Waldbröl beschließt, die Straßenbaubeiträge für Anlieger nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG) generell zu halbieren und die Satzung zur Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Waldbröl vom 16.12.2015 (Straßenbaubeitragsatzung) entsprechend anzupassen.“

Begründung:

Die Unterschriftenaktion des Bundes der Steuerzahler hat leider nur zu einem Teilerfolg geführt. Die schwarz/gelbe Landesregierung hat nicht, wie gefordert, die Straßenbaubeiträge abgeschafft. Der Landtag hat lediglich mit den Stimmen von CDU und FDP beschlossen, die Kommunen zu autorisieren, ihre Beitragserhebungen um bis zu 50 % zu reduzieren.

Um dies in Waldbröl umzusetzen, muss unsere Gebührensatzung entsprechend angepasst werden.

In fast der Hälfte der Bundesländer werden mittlerweile die Straßenbaubeiträge bei einer nachmaligen Herstellung von Straßen nicht mehr von den Anliegern erhoben.

Durch die Abschaffung dieser Beiträge würden viele tausend Bürgerinnen und Bürger in unserem Land entlastet. Wir halten die Erhebung der Straßenbaubeiträge für äußerst ungerecht, da sie im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung nur wenige Menschen betreffen. Sie müssen für das öffentliche Straßennetz oftmals sehr hohe Beträge aufwenden, die grundsätzlich der Allgemeinheit zugutekommen.

Die Straßenbaubeiträge, auch wenn sie vorerst nur halbiert werden dürfen, sind sowohl für Familien, die ihr Haus noch abzahlen müssen wie auch für Rentner, die für ihr Haus ein Leben lang gezahlt haben, oftmals nicht finanzierbar. Jüngere Grundstückseigentümer haben vorhandenes Kapital in den Erwerb der Grundstücke gegeben - hinzu kommen meist noch recht hohe Schulden. Zusätzliche Straßenbaubeiträge könnten hier zu einer finanziellen Notlage führen. Ältere Menschen haben oftmals Schwierigkeiten, im Alter noch einen entsprechenden Kredit bei den Kreditinstituten zu erhalten, wodurch diesem Personenkreis dann oftmals keine andere Wahl bleibt, als das Haus zu verkaufen.

Der Ausbau und die Unterhaltung des Straßennetzes muss staatliche Aufgabe sein und jede Kommune kann daher im Rahmen ihrer Finanzkraft nur die Straßen nach einer Prioritätenliste bauen und unterhalten, die im Haushalt eingeplant sind. Das gilt seit vielen Jahren für alle überregionalen Straßen, für die wir Bundes- oder Landesmittel erhalten. Das gleiche Prinzip muss in Zukunft auch für unsere Gemeindestraßen gelten. Durch das Land sind entsprechende finanziellen Mittel bereit zu stellen, um die Kommunen in die Lage zu versetzen, das Straßennetz in einem befriedigenden und verkehrssicheren Zustand zu halten.

gez.:

Bernd Kronenberg
Fraktionsvorsitzender



Waldbröler Sozialdemokraten.....Energie für unsere Stadt